

An die
UFE-Mitgliedsverbände

Berlin, den 2. Oktober 2009 /bb

Information Nr. 4/2009

Kommission schlägt Maßnahmen für eine wirksamere Zusammenarbeit der Steuerbehörden vor

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Rahmen ihrer Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs hat die Kommission am 18. August 2009 einen Vorschlag für eine Neufassung der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer angenommen, mit dem der Rechtsrahmen für den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden erweitert und verstärkt werden soll. Einer der Schlüsselpunkte des Vorschlags ist die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Einrichtung von Eurofisc, einer gemeinsamen operativen Struktur, die den Mitgliedsstaaten ein rasches Eingreifen bei der Bekämpfung von grenzüberschreitendem Mehrwertsteuer-Betrug ermöglicht.

UFE-Präsident Dieter Ondracek begrüßte diesen Vorschlag von Kommissar Kovács zur verbesserten Bekämpfung von Steuerbetrug in den Medien.

Der Vorschlag für die Neufassung der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer enthält Vorschläge, die die UFE auf verschiedenen Wegen an die EU herangetragen hat. UFE-Präsident Dieter Ondracek hatte entsprechende Vorschläge Kommissar Kovács gegenüber persönlich, aber auch seinem zuständigen Direktor Alexander Wiedow unterbreitet. Der Mehrwertsteuerbetrug in Europa schädige die öffentlichen Haushalte in einer Größenordnung von europaweit bis zu 100 Milliarden Euro jährlich. Um den Schaden einzudämmen, müsse alles unternommen werden, um den Tätern das Handwerk zu legen.

Die UFE hatte mehrfach eine zentrale Stelle, ähnlich wie Europol, gefordert. Nunmehr ist die Errichtung von Eurofisc in Anlehnung an den Namen Europol in dem Verordnungsentwurf vorgesehen. Bei Eurofisc handelt es sich um eine operative Struktur, die es den Mitgliedsstaaten in der Praxis ermöglicht, gemeinsam gegen den Betrug vorzugehen. Eurofisc soll einen sehr schnellen Austausch fachlicher Informationen zwischen allen Mitgliedsstaaten und die Einführung einer gemeinsamen Risikoanalyse und einer gemeinsamen strategischen Analyse ermöglichen.

Wichtig ist es nach Ansicht der UFE, dass der Informationsaustausch unbürokratisch und schnell organisiert wird. Es muss das Ziel sein, von einem einheitlichen Ansprechpartner bei Eurofisc binnen eines Monats die Auskünfte zu erhalten, die man für weitere Ermittlungen benötigt.

László Kovács und die zuständigen Damen und Herren in der Generaldirektion TAXUD halten damit Zusagen ein, die sie in der letzten Komiteesitzung der UFE in Budapest den Delegierten gegeben haben.

Dementsprechend sind nunmehr die für die Verabschiedung der Verordnung zuständigen politischen Institutionen aufgefordert, die Neufassung der Verordnung zügig zu beschließen und umzusetzen.

Nähere Einzelheiten des Kommissionsvorschlags können Sie der in deutsch, englisch, französisch beigefügten ausführlichen Erläuterung entnehmen.

Mit besten kollegialen Grüßen

(R. Zender)
UFE-Generalsekretär